

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003592/2025/rev.1
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Christine Anderson (ESN)

Betrifft: Wahrung der Grundrechte nach den COVID-19-Beschränkungen

Im Jahr 2021 wurde eine Bürgerin in Norwegen mit einer Geldstrafe belegt und mit einer Freiheitsstrafe bedroht, weil sie sich geweigert hatte, einen PCR-Test zu machen und sich in ein Quarantänehotel zu begeben. Nachdem sich die norwegischen Gerichte geweigert hatten, auf ihre Argumente einzugehen, hat sie beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage eingereicht¹. Ähnliche Fälle aus EU-Mitgliedstaaten sind auch in Strasbourg anhängig, darunter Klagen gegen die Impfpflicht in Frankreich², Schulschließungen in Deutschland³ und Versammlungsbeschränkungen in Kroatien⁴.

In all diesen Fällen wird ein umfassenderes europäisches Problem hervorgehoben: Trotz ernsthafter Fragen der Verhältnismäßigkeit, der Notwendigkeit und der Einhaltung der Grundrechte sind Personen nach der Pandemie nach wie vor mit Strafverfolgung und Geldstrafen konfrontiert.

1. Wie bewertet die Kommission die Vereinbarkeit laufender strafrechtlicher Verfolgungsmaßnahmen und Geldstrafen, die mit COVID-19-Maßnahmen zusammenhängen, mit den Grundsätzen der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit gemäß der Charta der Grundrechte?
2. Die Kommission hat zwar die Vorsorge der EU im Gesundheitsbereich bewertet, doch hat sie die pandemiebedingten Beschränkungen nicht im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit und die Einhaltung der Grundrechte überprüft. Beabsichtigt sie, eine auf Rechte ausgerichtete Überprüfung einzuleiten, um den Missbrauch von Notfallbefugnissen in künftigen Krisen zu verhindern?
3. Wie gedenkt die Kommission, im Rahmen ihrer jährlichen Berichte über die Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen, dass die Folgen der pandemiebedingten Beschränkungen – einschließlich der laufenden strafrechtlichen Verfolgungsmaßnahmen – in diesem Kontext angegangen werden?

Eingang: 17.9.2025

¹ Granada/Norwegen, mutmaßlich im Jahr 2024 eingereichte Klage (zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Anfrage noch nicht in der Datenbank „Human Rights Documentation“ (HUDOC-Datenbank) verfügbar; Informationen auf der Grundlage der öffentlichen Äußerungen der Klägerin).

² De Haro/Frankreich u. a., Nr. 31119/22, Nr. 35013/22 und Nr. 35141/22, gemeldet am 16. Mai 2024, HUDOC-Datenbank.

³ M.C.K. und M.H.K.-B. u. a./Deutschland, Nr. 10975/21, gemeldete Rechtssache, HUDOC-Datenbank.

⁴ Magdić/Kroatien, Nr. 17578/20, gemeldete Rechtssache, HUDOC-Datenbank.